

12. Okt. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/VII/208

Bonn, den 12. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Zwischenbilanz einer grossen Debatte ----- Offene Fragen der deutschen Politik	75
3 - 4	Norwegen und der Gemeinsame Markt ----- Von Halvard Lange Aussenminister von Norwegen	84
5 - 6	Mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden! ----- Bundeskongress der SPD-Kommunalpolitiker in München	85
7 - 8	Gomulkas Besuch in Parkow ----- "Bruderkuss" mit makabrer Regie Von E. Zachmann, Berlin	84

***** ZUR BEACHTUNG *****

Wir veröffentlichen in unserer Montag-Ausgabe vom
15. Oktober 1962 einen Artikel des Bundestagsabge-
ordneten und Mitglied des Europarats, Jakob A l t -
m a i e r , zu den Problemen der Verkehrssicherung
auf den europäischen Strassen.

Jährlich 65 000 Verkehrstote in 14 Staaten Europas

Chefredakteur Günter Markscheffel

Zwischenbilanz einer grossen Debatte

Offene Fragen der deutschen Politik

sp - In der Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner noch einmal versucht, die Bundesregierung und besonders ihren Chef auf die Beantwortung jener Fragen hinzuwirken, die trotz mehrfacher Interventionen Dr. Adenauers offen geblieben sind. Mit Recht erinnerte Wehner den Bundeskanzler an dessen Satz in der Regierungserklärung, in dem es heisst, die Regierung sei bereit, über viele Dinge zu reden, wenn dadurch das Los der Menschen in der Zone verbessert werden könnte. Eine solche Ankündigung, deren Bedeutung von Wehner keineswegs unterschätzt wurde, fordert zu der Frage heraus, über w a s der Kanzler mit sich reden lassen wolle. Bleibt die Frage unbeantwortet, dann ergibt sich daraus die logische Schlussfolgerung, daß a n d e r e darüber reden werden.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende hatte vorher sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß niemand von der Regierung das Eingehen auf Detailüberlegungen erwarte; er hat aber ebenso deutlich gemacht, wie sehr die Opposition darauf drängt, daß der Vorschlag Ollenhauers, eine aus Vertretern der Bundesregierung, des Berliner Senats und der Bundestags-Fraktionen bestehende Arbeitsgruppe alle Möglichkeiten zukünftiger Gespräche erforscht. Daß dies in engster Fühlungnahme mit den westlichen Alliierten zu geschehen hat, ist eine Selbstverständlichkeit.

* * *

Aber weder Dr. Adenauer, noch der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr M a j o n i c a, gingen auf diesen Fragenkomplex ein. Nicht einmal der Versuch wurde unternommen, jene Erklärungen abzugrenzen und in das Gefüge einer gemeinsamen deutschen Aussenpolitik einzubauen, die in Zusammenhang mit möglichen Vorbereitungen zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland stehen können.

Das ist enttäuschend, denn nicht nur in der UNO, sondern auch in der westlichen Vier-Mächte-Arbeitsgruppe wird seit langem über die gewisse nicht einfache Frage gesprochen, ob nicht doch eine Chance der friedlichen Lösung des Deutschlandsproblems besteht.

Erstaunt mußte andererseits der Zuhörer vermerken, daß der Regierungschef von dem Vorhandensein einer "gewissen Wolke" über dem Verhältnis Washington-Bonn sprach. Diese Bemerkung Dr. Adenauers widerspricht allen Dementis, die in den vergangenen Wochen und Monaten von der Regierung zu aufgetauchten Zweifeln über das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA veröffentlicht wurden.

* * *

Der CSU-Abgeordnete von G u t t e n b e r g versuchte kurz vor der abgewogenen Stellungnahme des Bundesauszenministers noch einmal vom eigentlichen Thema abzulenken. Er tat dies mit viel Bereitsamkeit, konzentrierte sich sehr stark auf Fragen der Verteidigungstaktik und Bewaffnung, wiederholte jedoch im wesentlichen alle jener Grundsätze der deutschen Politik, über die es seit langen kaum noch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien gibt. Es bleibt unerfindlich, was Herr von Guttenberg damit bezwecken wollte, denn die Aufrechnung früherer Überlegungen und Anregungen ist nun einmal nicht das Mittel und die Methode, mit denen man jetzt und heute den Druck von Berlin und der ganzen Problematik der Deutschlandpolitik nehmen könnte.

* * *

Bundesaussenminister Dr. S c h r ö d e r wird Verständnis finden, wenn er wenige Stunden vor einer wichtigen Reise nach Washington nicht mehr sagt, als er glaubt, verantworten zu können. Aber es ist dennoch bedauerlich, daß Dr. Schröder es ablehnte, eine Arbeitsgruppe zur Erörterung lebenswichtiger Fragen unserer Nation zu bilden, wie sie Tellenhauer angeregt hatte. Wenn es richtig ist, - und wir glauben, es ist so, - daß die Politik verpflichtet ist, immer nahe an der dynamischen Entwicklung zu bleiben, dann bleibt es unverständlich, warum dem erwünschten gemeinsamen Handeln nicht eine gemeinsame Beratung im engen Kreise vorausgehen soll. Der Abgeordnete Fritz E r l e r hat das Bedauern der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über diese Haltung zum Ausdruck gebracht.

* * *

Ungeachtet dieser offen gebliebenen Fragen dürfte die Bundestagsdebatte jedoch gezeigt haben, wie sehr alles danach drängt, daß sich die lebendigen demokratischen Kräfte unseres Volkes jetzt zur Untersuchung der M e t h o d e n zusammenfinden, die möglicherweise angewandt werden können, um jenes Gespräch einzuleiten, zu dem der Bundeskanzler - nach seiner eigenen Aussage - offenbar bereit zu sein scheint.

Wir haben bewußt von offen gebliebenen Fragen der deutschen Politik gesprochen, weil wir wissen, wie kompliziert alles ist, was im Zusammenhang mit dem großen Ost-Westkonflikt steht. Entscheidend ist und bleibt jedoch, wie die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, den Appell Deutscher Sozialdemokraten beantwortet sein. Höchstmaß von Gemeinsamkeit bei der Vorbereitung von Entscheidungen zu treffen, deren Folgen wir alle gemeinsam zu tragen haben.

+ + +

Norwegen und der Gemeinsame Markt

Von Halvard Lorange
Aussenminister von Norwegen.

Am 2. Mai 1962 hat die norwegische Regierung beim Ministerrat der EWG die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt Norwegens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund von Artikel 237 des Vertrages von Rom beantragt.

Dieser formelle Antrag ist darauf zurückzuführen, daß wir nach langen Zögern wegen unserer geographischen Lage und unserer politischen Überlieferung erkannt haben, daß das, was in Europa auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration im Laufe der letzten Jahre verwirklicht wurde, schlechthin eine historische Keimzelle darstellt. Die neuen und intensiven Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit deren Entwicklung wir in unserem Erdteil beobachten, entsprechen den Erfordernissen unserer Zeit; und wir sind uns, genau wie die übrigen EFTA-Länder, die ihre Aufnahme in die EWG beantragt haben, darüber im Klaren, daß wir uns von diesem Integrationsprozess nicht ausschließen können, ohne schwere Schädigungen in Kauf nehmen zu müssen.

* * *

Der Antrag auf Aufnahme von Verhandlungen über unseren Beitritt wurde von allen meinen Mitbürgern als ein sehr bedeutungsvoller Vorgang betrachtet. Dieser Antrag wurde daher erst nach einer gründlichen Debatte in der Öffentlichkeit und innerhalb der Partei sowie nach der Annahme des Vorschlags der Regierung durch das norwegische Parlament gestellt.

Diese Debatte war und ist auch jetzt noch notwendig. Die norwegische Bevölkerung blieb von den föderalistischen Strömungen und Ideen, die nach dem Kriege in Europa an Bedeutung gewannen, weitgehend unberührt. Die Unabhängigkeit Norwegens in ihrer gegenwärtigen Form datiert erst aus dem Jahre 1905; daher ist es verständlich, daß in der Bevölkerung eine gewisse innere Abneigung herrscht, wenn es darum geht, einen Teil der nationalen Souveränität aufzugeben, wie es der Vertrag von Rom in Aussicht stellt.

In wenigen Monaten hat die Erörterung dieser Frage dazu beigetragen, daß ein zunehmendes Verständnis für den Umfang und die Größe mit der europäischen Integrationsbestrebungen und gleichzeitig für den Nutzen und die Notwendigkeit einer Teilnahme unserer Seite an dieser Zusammenarbeit aufkam. Diese neue Einsicht führte zu der Annahme einer Verfassungsänderung durch das Parlament, durch die die Möglichkeit geschaffen wurde, einen Teil der nationalen Souveränität an supranationale Organisationen abzutreten.

Die Begeisterung, mit der sich die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaftsbewegungen der Mitgliedsländer der Gemeinschaft anschlossen, war für die in dieser Frage von der norwegischen Arbeit-

terpartei eingekommene Haltung von grosser Bedeutung. Wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter Norwegens freuen uns über die Aussicht auf eine engere Zusammenarbeit mit unseren Freunden in den übrigen europäischen Ländern, deren Zweck es ist, die künftige Entwicklung der Gemeinschaft im sozialistischen Sinne zu beeinflussen.

* * *

Am 4. Juli dieses Jahres hatte ich Gelegenheit, im Namen der norwegischen Regierung dem Ministerrat die besonderen Probleme darzulegen, die wir in den Beratungen über den Beitritt Norwegens zur Gemeinschaft zu erörtern wünschen.

Die weitaus meisten von ihnen sind auf die geographischen und klimatischen Gegebenheiten unseres Landes zurückzuführen: Nur 4 Prozent der Gesamtfläche sind Nutzland und ein Drittel des Landes liegt nördlich des Polarkreises. Dies wirft selbstverständlich besondere Probleme für bedeutende Teile der werktätigen Bevölkerung auf. Ausserdem glauben wir, daß es im gemeinsamen Interesse Europas liegen muß, die Voraussetzungen für das weitere Verbleiben und die wirtschaftliche Tätigkeit derjenigen unserer Mitbürger zu erhalten, die in Norden Norwegens wohnen und von der Landwirtschaft oder der Fischerei oder von beidem leben.

Wir hoffen, daß es im Lauf der Verhandlungen möglich sein wird, diese Probleme im Rahmen des Vertrages von Rom zu lösen.

* * *

Die auf wirtschaftlichem Gebiet auf der Grundlage des Vertrages von Rom organisierte Zusammenarbeit hat noch nicht ihr politisches Gegenstück gefunden. Es ist aber selbstverständlich, daß eine so enge wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht ohne Auswirkungen auf die politischen Beziehungen der Mitgliedsländer bleiben wird, da eines der Hauptziele des Vertrages von Rom gerade in der Schaffung der Grundlage einer immer engeren Gemeinschaft der europäischen Völker besteht. Wir sind überzeugt, daß die politische Zusammenarbeit nach und nach ihre institutionelle Form erhalten wird, sobald durch das Fortschreiten der wirtschaftlichen Integration die Voraussetzungen für diese Zusammenarbeit bestehen und sie sich als notwendig erweist.

Als Mitglied der Gemeinschaft wird sich Norwegen loyal und nach besten Kräften an der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit aller Mitgliedsländer beteiligen. Gemessen an seiner Bevölkerungszahl und an seinen Mitteln ist unser Land zwar klein, aber wir glauben doch, einen Beitrag zum Aufbau Europas leisten zu können. Was gegenwärtig in Europa vor sich geht, wird nicht nur für uns von Nutzen sein. Ich glaube, daß der Weg, den Europa eingeschlagen hat, auch zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen Europa und den übrigen Teilen der Welt führen wird; und darin könnte vielleicht, auf die Dauer gesehen, unser wichtigster Beitrag zur Lösung des brennenden Problems unserer Zeit bestehen, nämlich zur Beseitigung der Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern der Welt.

* * *

Mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden !

Bundeskongreß der SPD-Kommunalpolitiker in München

Rw - Kaum irgendwo konnte man die Forderung der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker auf ihrer Bundeskonferenz nach "Mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden" besser illustrieren, als in der bayerischen Landeshauptstadt, dem Tagungsort dieser Konferenz, München, die größte deutsche Stadt, die nicht als Stadtstaat die finanzielle Bewegungsfreiheit eines Bundeslandes genießt, steht schon demnächst bei seinen Haushaltsberatungen vor schwerwiegenden Entscheidungen. Zwar steigen die Steuereinnahmen noch, aber sie steigen langsamer als früher. Die ständig erforderlichen Investitionen einer Stadt, die seit über einem Jahrzehnt mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von über 30 000 Personen zu rechnen hat, müßten eigentlich restlos auf dieses Tempo ausgerichtet werden.

Viel zu schmale Finanzbasis

Die Gemeinden haben in der deutschen Bundesrepublik eine schmale, viel zu schmale eigene Finanzbasis. Sie bestreiten einen großen Teil ihres Aufwandes auf dem Wege des Kredits. Sie belasten notgedrungen die Zukunft auch für Aufwendungen, die nicht wertend und daher nicht aus dem eigenen Ergebnis die Kredite zu verzinsen und zu tilgen in der Lage sind. In vielen Städten und Gemeinden wird man daher die Kreditaufnahme nicht weiter über das bisherige Niveau ausweiten, obwohl es endlich viel zu tun wäre, obwohl immer noch mehr Schulen und viele andere Einrichtungen notwendig sind, von denen viele Gemeindebürger nicht wissen, wieviel Mühe und Sorge es erfordert, sie auf dem Stand der dynamischen Entwicklung unserer Zeit zu halten.

Selbstverwaltung ist Selbstbestimmung

Auf die Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD übertragen, waren gerade die Finanzfragen einer der Mittelpunkte aller Überlegungen, Darstellungen und Diskussionen. Zur Grundsatzfrage, daß Selbstverwaltung eben auch Selbstbestimmung in einem gewissen Rahmen bedeuten muß, soll sie nicht ihren Boden verlieren, kam immer wieder das Problem der Gemeindefinanzen zur Sprache, ganz gleich, ob es sich um das überaus instruktive Referat des niedersächsischen Staatssekretärs Dr. S. H e i n k e, des Münchener Stadtkämmerers E. H i e l s c h e r oder des Kieler Oberbürgermeisters Dr. H. K u t h l i n g handelte. Auch der junge Münchener Oberbürgermeister Dr. V o g e l rechnete auf einer Kundgebung der SPD anlässlich dieser Konferenz vor, daß die Münchener insgesamt über 2,5 Milliarden DM Steuern im Jahr zahlen, von denen aber ihrer Gemeinde, der Stadt München, nur 13 Prozent zukommen, womit die notwendiger Aufgaben, nicht zuletzt die Bewältigung des steigenden Verkehrs, nicht bewältigt werden können.

Es war interessant, festzustellen, in welchem Gegensatz die offiziellen Begrüßungen zu der immer wiederkehrenden Forderung nach einer wirklichen und den kommunalpolitischen Notwendigkeiten Rechnung tragenden Finanzreform standen. In Bayern hat bekanntlich der Finanzminister

Eberhard, den sogenannten Eberhard-Plan lanciert, der die Abtretung größerer Mittel an die Gemeinden vorsieht. Auf dem Lande, aber wohl generiert nicht in den Großstädten, plakatiert die CSU fleißig die guten Leistungen ihres Finanzministers auf diesem Gebiet. Sie sagt jedoch nicht, daß ein Anfang noch keine Lösung darstellt. Der würdige, räumlich begabte CSU Politiker J a n k e r, derzeit Staatssekretär im Innenministerium, verstand es ausgezeichnet, nicht davon zu reden, sondern dem Mitschöpfer der bayerischen Gemeindeordnung Dr. W. H o e g n e r, ein wohlassortiertes Blumenbukett über dessen Verdienste zuzuwerfen. Hoegner replizierte am Abend in der Kundgebung diskret mit dem Hinweis, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden in Bayern nicht "Hoegner'sche Demokratie", sondern schlicht und einfach die selbstverständliche Folgerung der demokratischen Grundordnung in der Verfassung sei. Das Bundesinnenministerium, vertreten durch den Ministerialdirektor S c h a e f e r, liess immerhin vernehmen, die finanziellen Probleme der Gemeinden könnten, natürlich nur durch eine allgemeine Finanzreform erreicht werden. Dieser Ansicht sind die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker aller Dinge schon seit langer Zeit.

Offenbar hatte sich der Ministerialdirektor aus Bonn nicht mehr an die Antwort des Staatssekretärs Dr. H e r b l a g e an die sozialdemokratische Bundestagsfraktion zu erinnern vermocht, in der im Dezember 1960 gesagt wurde, die Gemeinden seien in der Lage, ihren Finanzbedarf zu decken, man brauche nur einen interkommunalen Finanzausgleich.

Immer mit der Zeit gehen !

Die starken politischen Akzente der Konferenz ergaben sich aus der Teilnahme zahlreicher Kommunalpolitiker mittlerer und kleinerer Gemeinden, deren Aufgabe und Ziel es ist, die großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes auch abseits der Großstädte zu lösen. Der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von K u n g e r t a n g e u, betonte daher auch mit Nachdruck, auf dem Lande dürfe man mit dem Ausbau der Schulen, der Verkehrswege und der Einrichtungen und deren Lehrergestaltung nicht hinter den Erfordernissen unserer Zeit zurückbleiben.

* * *

Entsprechend den grundlegenden Erörterungen der Kongresskonferenz haben die Arbeitskreise über das Verhältnis von Staat und Gemeinde, über die Beziehungen zwischen Bürger und Gemeinde, die Wirkungsbereiche der kreisangehörigen Kommunen und das brennende Problem der Gemeindefinanz Anregungen für die Praxis erörtert. Die Ergebnisse der großen Bundeskonferenz sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in München werden den Parlamentsfraktionen in Bund, Ländern, Bezirke- und Kreistagen, Städten und Gemeinden zugeworfen und dort in der gesetzgeberischen Tätigkeit ihren Niederschlag finden.

Gomulkas Besuch in Pankow

Von E. Zachmann, Berlin

Der polnische Parteichef Wladyslaw Gomulka wird mit seiner Partei- und Regierungsdelegation demnächst von Ulbricht mit grossem Bahnhof empfangen werden. Schon seit Tagen steht die SED-Presse im Zeichen dieses Besuchs. Bereits am 9. Oktober traf in Ost-Berlin - gewissermassen als Vorreiter - der "Freundschaftszug Brüderlichkeit und Frieden" mit 360 polnischen ehemaligen Soldaten, Partisanen und Widerstandskämpfern ein, die vor ihrer Weiterfahrt nach Prag und Budapest herzlicher als manche sowjetische Delegation empfangen wurden.

Geschichtsfälschungen als Auftakt

Ulbrichts makabre Regie dient dem Zweck, der eigenen Bevölkerung eine Verbrüderung der SED mit der polnischen Arbeiterpartei vorzugaukeln, als ob es für den SED-Chef keinen besseren Freund als Gomulka geben könnte. So laut auch schon im voraus die Begrüßungsfanfaren in Pankow ertönen, das schlechte Gewissen läßt sich nicht verbergen. Die SED-Presse, für die vor nicht allzu langer Zeit auch nur die Kennung des Namens Gomulka fast ein Tabu war, berichtet über das Leben des polnischen Parteichefs. Nur geht es dabei nicht ohne Fälschungen ab

Was man nämlich aus dem Leben Gomulkas verschweigt, sind Fakten, die Ulbricht und sein Regime auch heute noch schwer belasten.

- * In der Chronologie des revolutionären Lebenswegs von
- * Gomulka lässt z.B. die "Berliner Zeitung" die Jahre
- * 1948 bis 1956 aus, in denen dieser Kommunist, der
- * sich dem Stalin-Diktat zu widersetzen wagte, und den
- * "Sozialismus in Polen" auf einem eigenen Wege errei-
- * chen wollte, im Rahmen des antistalinistischen Ver-
- * richtungsfeldzuges verhaftet und bis kurz vor der be-
- * ginnenden Abrechnung mit dem Stalinismus ohne Urteil
- * im Kerker gehalten wurde.

Man kann Ulbricht nachfühlen, dass er nicht gern an diese Tatsachen erinnert werden möchte, da er selbst damals schon zu den brutalsten Verfechtern des stalinistischen Kurses gehörte und sein Machtreich auch heute noch ein stalinistisches Reservat ist, mit all dem Terror und der Unfreiheit, denen Gomulka den Garau gemacht hat, als er 1956 die Führung der polnischen Partei übernahm.

Die Verbrüderungsschau, die in wenigen Tagen in Pankow in Szene gesetzt wird, muss für Ulbricht, wie auch für Gomulka selbst, mehr als peinlich wirken. Der SED-Chef begrüsst einen "Bruder", der lange Jahre

nach 1956 von ihm als "Verräter" aufs schimpflichste diffamiert wurde, dessen Presse lange Zeit in der Sowjetzone verboten war, nur weil Ulbricht wusste, dass die polnische Politik der Liberalisierung auch von vielen seiner eigenen Genossen ersehnt wurde.

Hintergründe noch rätselhaft

Aber auch für Gomulka wird der Bruderkuuss Ulbrichts mehr als bitter schmecken, nicht nur in den Augen der polnischen Bevölkerung, auch für viele Mitglieder seiner kommunistischen Partei muss diese Verbrüderung befremdend wirken, da heute in Polen nichts so unpopulär ist, wie das Regime Ulbrichts. Es geht dabei nicht nur um den Rest des verhassten Stalinismus, sondern auch um reale polnische Interessen. Es war vor allem Ulbricht, der in den letzten Verhandlungen über die wirtschaftliche Festigung des Ostblocks die polnischen Pläne bekämpfte, durch Aufrechterhaltung und Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem Westen eine gewisse Selbständigkeit zu sichern.

Gomulka wird sich aber auch sagen müssen, dass er mit seinem Besuch in Ulbrichts Metropole die Hoffnungen derjenigen Deutschen enttäuschen muss, die sich, obwohl sie Mitglied der SPD sind, im geheimen stets mit der Hoffnung getragen haben, es könnte vielleicht auch einmal in Mitteleuropa ein ähnlicher Weg wie in Polen gegangen werden, mit einer Rückgängigmachung der Zwangskollektivierung, der Beginn einer Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben und mit der Entgiftung des geistig-kulturellen Lebens.

Wer weiss schon, dass Gomulka offenbar seine Reise nach Ostberlin nicht leichten Herzens antritt. Er hat bisher immer wieder versucht, die Einladung, die schon lange auf seinem Schreibtisch liegt, ad acta zu legen oder zumindest den Besuch zu verzögern. Die Gründe, warum er sich jetzt nicht mehr dieser Reise entziehen konnte, sind vorläufig noch nicht klar zu erkennen. Hat ihm die verschärfte Auseinandersetzung zwischen Ost und West kein ausweichen mehr ermöglicht? Ist der Druck Moskaus auf Warschau heute wieder so stark geworden, oder hat vielleicht sogar der Einfluss alter Stalinisten in Partei und Regierung wieder zugenommen?

Die scharfen, haltlosen Angriffe, die Gomulka kurz vor Beginn seiner Reise gegen die Bundesrepublik und Westberlin gerichtet hat, obwohl sich Polen eine zeitlang ähnlich wie Jugoslawien aus dem Ost-Westkonflikt halbwegs herauszuhalten versuchte, legen die Vermutung nahe, dass ein Druck von aussen diese Entwicklung forciert haben mag, die in weniger Eszen ihren Ausdruck in den Verbrüderungsszenen in Ostberlin finden wird.